

Seite: 10
Ressort: Meinung
Rubrik: FR Deutschlandausgabe

Gattung: Tageszeitung
Auflage: 65.818 (gedruckt) 55.446 (verkauft)
 59.522 (verbreitet)
Reichweite: 0,19 (in Mio.)

GASTBEITRAG

Europas Seele

In den vergangenen Jahren waren die öffentlichen Debatten über Europa geprägt von Schlagwörtern wie Wirtschaftskrise, Bankenrettung und - je nach Betrachtungsweise - von Regulierungswut oder einer ungezügelten De-Regulierung der Märkte. Der wahre Kern der europäischen Idee rückte allzu oft aus dem Blick. Nicht der Binnenmarkt ist der Kern der Europaverträge, sondern es sind die Grundwerte der Europäischen Union: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Es ist die Unverletzlichkeit dieser Werte, die uns eint, nicht gemeinsame Normen zu Kaffeemaschinen und Staubsaugern.

Dass diese Werte immer wieder verteidigt werden müssen, wird uns in diesen Monaten zunehmend vor Augen geführt. Der religiöse Fanatismus bekommt wachsenden Zulauf und rüttelt an den Grundfesten der Seele Europas. Gleichzeitig feiern rechts- sowie linksextreme Parteien in ganz Europa Wahlerfolge und in Dresden waren Tausende Menschen gegen eine "Islamisierung", die sich mit Fakten nicht belegen lässt, auf der Straße. Der Extremismus bedroht Europa. Ein Extremismus, der in all seinen Ausformungen durch Ängste und das Gefühl der Machtlosigkeit befeuert wird.

Nicht alle Front-National- oder Pegida-Mitläufer sind stramme Rechtsnationale. Vielmehr haben die Menschen Angst vor der Globalisierung, die als Gefahr für die eigene wirtschaftliche Situation gesehen wird und die politischen Entscheidungsprozesse unübersichtlicher macht. Das komplexe europäische Mehrebenensystem und die Auswüchse einer globalisierten Finanzwirtschaft lassen scheinbar nur "alternativlose" Entscheidungen zu, auf die ihre Volksvertreter keinen Einfluss haben, geschweige denn der einzelne Bürger. Deshalb wenden sich die Menschen dem französischen Front National, der britischen Ukip, Pegida und der Alternative für Deutschland (AfD) zu, die sich als

Alternativen zum angeblichen "Kartell" aus Mainstream-Parteien und Wirtschaft gerieren.

Der radikale Islamismus hat eine andere Zielgruppe, die jedoch von den gleichen Gefühlen getrieben ist. In vielen Staaten Europas wurde das Thema Integration lange Zeit ignoriert. Gleichzeitig vergrößerte sich die Schere zwischen Arm und Reich während der Krise weiter. Zurück bleiben junge Menschen ohne Perspektive - die perfekte Beute für Ideologen, die einen einfachen Weg anbieten, ihrem Leben einen tieferen Sinn zu verleihen.

Der Nährboden für den Terror in Europa ist deshalb auch in Europas sozialen Brennpunkten zu suchen. Schließlich wurden sowohl die Attentäter von London im Jahr 2005 als auch die Terroristen von Paris in Europa geboren und sozialisiert.

Wenn sich die Gesellschaft jetzt aber aus Angst vor islamistischen Terroristen einer Selbstzensur unterwirft oder wir uns in den Nationalismus flüchten, käme das dem Verkauf der europäischen Seele an den Teufel gleich. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass die Scharfmacher weniger Möglichkeiten haben, Menschen für ihre Sache zu vereinnahmen.

Die Reaktion auf Extremismus muss mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit sein. Die Globalisierung lässt sich nicht aufhalten, sie lässt sich aber besser gestalten. Nicht die Rückschau in den als kuschelig warm verkündeten Nationalstaat, sondern die Vorausschau in eine Europäische Union, die mehr sein muss als die Summe von Rettungspaketen und Wirtschaftsnormen, verspricht dabei Erfolg.

Dem System der Europäischen Union fehlt bisher ein Scharnier zwischen den Institutionen und der Bevölkerung. Es bedarf deshalb vor allem der Weiterentwicklung der europäischen Öffentlichkeit und des europäischen Parteiensystems. Wenn Parteien auf europäischer Ebene mit europäischen Themen Kam-

pagnen machen, kann europäische Politik von den Menschen als Wettstreit der besten Lösungsansätze und somit als gestaltbar wahrgenommen werden. Der gordische Knoten ist dabei eine Reform des Systems für die Europawahl, die bis heute nur die Summe aus 28 nationalen Abstimmungen ist. Wir brauchen die Europäisierung der Europawahlen mit europäischen Spitzenkandidaten und europäischen Wahllisten.

Gleichzeitig muss die soziale Gerechtigkeit das Leitmotiv des politischen Handelns werden. Der Neo-Liberalismus ist 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers an die Wand gefahren. Mit den Nachwirkungen kämpfen wir bis heute. Es reicht nicht aus, nach mehr Wachstum zu rufen. Entscheidend ist, dass an dem Wohlstand alle teilhaben können. Kinder von Akademikern oder Flüchtlingen, Muslime oder Christen, Zuwanderer oder Einheimische müssen die gleichen Chancen haben; Großkonzerne und Banken müssen sich genauso an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen wie die Arbeitnehmer und dürfen sich nicht mit Steuervermeidungsmodellen aus der Affäre ziehen. Massive Investitionen in Bildung sind deshalb genauso notwendig wie der Kampf der Europäischen Union gegen Steueroasen. Denn in einem sozial gerechten und demokratischen Europa ist weder Platz für diffuse Ängste vor der Globalisierung noch für Nationalismus und politischen Extremismus.

Jo Leinen ist SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament und Präsident der Europäischen Bewegung International (EMI).

In der FR vom Freitag machte sich Michael Theurer (FDP) dafür stark, einen Bürgerkonvent für eine europäische Verfassung einzuberufen.

In der FR vom Donnerstag plädierte Franziska Brantner (Grüne) für eine europäische Wirtschafts- und Sozialunion.

Wörter: 731

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten. © Frankfurter Rundschau GmbH, Frankfurt am Main

© 2015 PMG Presse-Monitor GmbH